

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Stadtteilzeitung Riesa.  
General Nr. 62.

Buchdruckerei Leipzig 21202.  
Gießstraße Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 277.

Montag, 1. Dezember 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Herausgabezeitung, 1.00 Mark ohne Aufstellgebühr, bei Abholung am Postbüro vierteljährlich 8.10 Mark, monatlich 17.70 Mark. Ausgaben für die Nummer des Ausgabedates sind die 6 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen, eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Tagen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Gründungs-Zeile (7 Silben) 45 Pf., Dreipf. 40 Pf., vierzehnster und zehnbarchter Satz 40 Pf., Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühre 20 Pf. Beste Tarife. Gewilligter Rabatt erzielt, wenn der Betrag verfüllt, durch Klage eingezogen werden auch soviel der Auftraggeber in Konturschrift zahlung und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe". Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes des Druckerei, der Riesaerischen oder der Verlegerin - hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Rückerstattung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notizkredit und Vertrag: Riesa & Winterlich, Riesa. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nachstehende Bekanntmachung der Reichsleistungsstelle wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, am 28. November 1919.

Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt. 18027

2753 a VL A III

Bekanntmachung

zu der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtverdienst vom 26. November 1919.

Gemäß § 2 der heutige vom Reichswirtschaftsminister vollzogenen neuen Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtverdienst beträgt vom 1. Dezember 1919 ab der Häuteauschlag, der an den Tierhalter zu zahlen ist, sechs Zehntel des durchschnittlichen Wehrerlöses. Das bisherige Reichsdeutitel fällt weg. Der Rest verbleibt dem Kommunalverband.

Die auf Grund des § 2 der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtverdienst vom 26. September 1919 (Reichsgesetzbl. S. 1714) von der Reichsleistungsstelle erlassene Bekanntmachung vom 10. November 1919 wird daher für die Zeit vom 1. bis 14. Dezember 1919 einschließlich wie folgt geändert:

Der Häuteauschlag, der an den Tierhalter zu bezahlen ist, beträgt vom 1. bis 14. Dezember 1919 einschließlich auf den Bentner Lebendgewicht bei:

Kinder, ausgenommen Kübeln	34.20 M.
Kübeln	63.-
Schafe	36.-
Vieh, einschließlich Schafen, Esel, Wautiere und Maulesel	21.60

Um das Reich ist ein Anteil nicht mehr abzuführen.

Berlin, den 26. November 1919.

Die Reichsleistungsstelle, Verwaltungsbüro.

Der Vorsteher: v. Oertzen.

Kleinhandels-Höchstpreise für Sandiszucker.

Für den Verkauf von Sandiszucker im Kleinhandel werden folgende Höchstpreise festgelegt:

für Sandis braun M. 1.24 für das Pfund

für Sandis weiß M. 1.26

Kleinverkauf ist der Verkauf unmittelbar an Verbraucher in der in offenen Läden üblichen Art.

Vorstehende Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 und der dazu ergangenen Abänderungsverordnungen.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Dresden, den 28. November 1919.

1211 VL A I  
Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt. 18028

Verkehr mit Wild.

Zur Vermeidung von Verlusten wird hierdurch besonders darauf hingewiesen, daß durch die Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 10. November 1919 über Wildpreise und -verfall der Haushalter die Verpflichtungen über die Anzeige- und die Abfleißpflicht der Jagdberechtigten nicht berücksichtigt werden.

Es ist daher auch fernherin nach Beendigung jeder Jagdausübung, bei der Not-Dam-, Reb- oder Schwarzwild oder Hosen erlebt werden, binnen 24 Stunden der Amtshauptmannschaft das Jagdergebnis mitzutunen, auch sind alle Treibjagden 2 Tage vorher der Amtshauptmannschaft und dem Wildhändler Otto Hartmann in Dresden-N.

Vertisches und Sachsisches.

Riesa, den 1. Dezember 1919.

—\* Baumfrevel. In der vergangenen Nacht ist an der Oppitzer Landstraße Baumfrevel dadurch begangen worden, daß mehrere junge Bäumchen durch Abbrechen der Kronen und dergleichen arg beschädigt wurden. Ueber die Täter ist bisher nichts ermittelt worden.

—\* Städtebund-Theater. (Hotel Höpflner in Riesa). Mit Tolstoi's Schauspiel „Und das Licht leuchtet in der Finsternis“, das am Donnerstag, den 4. Dezember im Hotel Höpflner in Riesa zur Aufführung kommt, bringt das Städtebund-Theater eine der leichten und interessantesten Dichtungen des großen Russen. Das Werk hat in Berlin, Leipzig, München, sowie in allen Städten, in denen es zur Aufführung kam, allerstärksten Erfolg.

—\* Die Spar-Brämenanleihe. Die bereits vorliegenden Bezeichnungsgerüchte der Deutschen Spar-Brämenanleihe 1919 erbringen den Beweis, daß von den Neueren Kapitalbesitzern aneckliche Summen untergrund im Hause zurückgehalten waren, ohne daß diese Beträge nutzbringend angelegt wurden. Es ist deshalb erreichlich, daß die kleinen Geldbamstater nunmehr einen Teil ihrer Sparanleihe in Spar-Brämenanleihe anlegen. Sie tun gut daran, denn neben der vom Reiche garantierten Sicherheit ist ihnen die Möglichkeit geboten, auch bedeutende Gewinnchancen auszunutzen.

—\* Aufführung des Oratoriums „Jesus“ von Paul Gläser in Großenhain. Am gestrigen Sonntag fand in Großenhain die Aufführung des Oratoriums „Jesus“ (1. Teil), eine Schöpfung des dortigen Kantors und Kirchenmusikdirektors Paul Gläser statt. Das Oratorium, das am 14. Januar 1917 seine Uraufführung in der Dresden-Dreikönigskirche erlebte, dann von C. F. Rabot Koch, in Leipzig verlegt wurde und seit seiner Drucklegung einen Siegeszug durch ganz Deutschland antrat, wurde zuletzt am Sonnabend abend vor acht Tagen in Blauen i. W. und am Tage darauf in Görlitz in der sächsischen Philharmonie aufgeführt. Es findet die begeisterte Zustimmung in allen Kirchenmusikkreisen. Der neue Görlitzer Anzeiger feiert Paul Gläser als den Reformator des Oratoriums, einen Meister, der volksmäßig zu komponieren weiß und dabei der Kunstform treuen Inhalt zu geben versteht. — Infolge der Verkehrschwierigkeiten (man legt wie unter Altvordern bis noch vor 100 Jahren den Weg zu Kunstdaten, und sei es auch sonstwo, an Sonntagen am besten zu Fuß oder zu Rad zurück) war es dem Verlegerstatthalter nun möglich, der vormittags angelegten Hauptprobe beiwohnen. Die Marienkirche zu Großenhain war bei dieser Gelegenheit bis auf den letzten Platz besetzt. Paul Gläser hatte mit wirschamer Unterhaltung aller musikalisch interessierten Großenhainer einen reichlichen Erfolg von 240 Sängern und Sängern zusammenge stellt. Die Solopartien lagen in den Händen berühmter Künstler, von denen besonders Kubitsch

Schmalzauer, Dresden, Senta Neumann, Großenhain und Sommerländer Emil Winkels, Leipzig erwähnt

sind. Etwa 50 Mitglieder des Dresdner Philharmonischen Chores sangen den gewaltigen, außerordentlich schön und ausgeglichen singenden Chor. Und soviel nach der Generalprobe, in der die Solisten zur Schönung ihrer Stimmen zuweilen nur markierten, zu urteilen ist, wird die Aufführung am Abend den übereinstimmenden Freunde annehmen. Recht geben müssen, die im „Jesus“ eine Epoche in der Kirchenmusik zu erkennen glauben. Aus dem Werke seien als besonders eindrucksvoll und lyrischen Charakters die „Seligsprechungen“ und das „Warternter“ hervorgehoben, als dramatisch bis zum äußersten zweigt „Jesus wandelt auf dem Meer“ und „Die Auferweckung des Lazarus“. Von ganz herausragendem Wert sind die kontinuierlich meisterhaft bearbeiteten Choräle, vor allem „Lasset uns mit Gott ziehen!“ Aus der Partitur erblüht musikalisches Leben, das ungeahnt reich an Schönheiten ist. Kirchenmusikdirektor Paul Gläser hat sich mit seinem „Jesus“, wie auch der „Vogtländische Anzeiger“ sehr fürsichtig berichtet. J. S.

—\* Vocal-Exhibitionsschau. Vom Patentbüro Krueger Dresden-U. Ausflüsse an die Leiter folgen.

Johs. Barth, Riesa: Wäschelammern (Gm.) — Kurt Kaden, Burzen: Weiß und Schneidemaschine für Kartoffeln und dergl. Früchte. (Gm.) — Oskar Rückert, Riesa: Tabakfabrik. (Gm.) — Herd. Bachuta, Burzen: Schuhwäschung gegen das Scheuwerden von Wieden. (Gm.) Franz Fabrum, Burzen: Tellerventil mit Federdruck für Pumpenlagerdienst-Gehäuse. (Gm.)

—\* Interpellation über den Stand der Lebensmittelversorgung. Die sozialdemokratische Fraktion der Volkskammer hat bei dieser eine Interpellation eingefordert, durch die die Regierung um Auskunft über den Stand der Lebensmittelversorgung, insbesondere über die Lage der Kartoffelbelieferung, erzielt wird. — Ferner fordern die Sozialdemokraten in einem Antrage die baldige Einziehung eines parlamentarischen Berichts, der bei der Regelung aller Fragen der Lebensmittelversorgung mitzuwirken hat. — Ein solcher Bericht hat bereits bis zur Auflösung der beiden Kammer des Landtages bestanden, ist jedoch auf den neuen, durch die Volkskammer geschaffenen Grundlage gesetzt.

—\* Zur Hebung von Handel und Industrie. Unter dieser Überschrift berichtet mir, daß die Demokraten der Volkskammer beschließen, einen Antrag einzubringen, der sofortige Maßnahmen zur Hebung von Handel und Industrie fordert. Die Regierung wird darin erlaubt, für eine schleunige Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durch Ausbau des Wegnetzes und der Automobilstraßen und durch beschleunigte Reparatur und Bergbeseitigung des Straßen- und Wagenparks der Eisenbahn unter entsprechender Heranziehung der Privatindustrie Sorge zu tragen. Beim Übergang der Eisenbahn an das Reich sollen Garantien verlängert werden, daß die vom früheren

Kreuzstraße 18, anzugeben; ferner ist von allen während der ganzen Jagdzeit erlegten Hirschen und Rehen je die Hälfte an die Stadt Dresden abzuliefern. Bei Hirschen ist überdies die zweite Hälfte an den Kommunalverband Großenhain insoweit abzuliefern, als sie mehr als 60 Stück beträgt.

Weiter bleiben alle von den Wildhändlern zu beachtenden Bestimmungen in Kraft

Großenhain, am 28. November 1919.

365 o.D.

Die Amtshauptmannschaft.

Leipzigerdebesichtigung.

Die für Donnerstag, den 4. Dezember 1919 angelegte Besichtigung der Leipzigerde in Großenhain mit daran folgendem Verkauf der Werte findet nicht statt. Die Leipzigerde bleibt einstellen im Besitz der jeweiligen Inhaber. Der Tag der Besichtigung wird später bekanntgegeben.

Großenhain, am 29. November 1919.

2173 o.D.

Die Amtshauptmannschaft.

Werdereilesfleischverkauf bei Herrn Albert Mehlhorn in Gröba am Dienstag, den 2. Dezember 1919, vormittags von 10—11 Uhr auf die Nummern 451—800 der roten Ausweiskarte.

Gröba (Elbe), am 1. Dezember 1919.

Der Gemeindevorstand.

Gemeinde-Sparfasse Gröba.

Gemeindeamt.

Amtsamt Riesa Nr. 96.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 3½ Prozent.

Mündliche Kapitalanlage unter Garantie der Gemeinde Gröba.

Strenge Verschwiegenheit über alle Geschäftsvorführungen.

Einlagebücher gebührenfrei.

Kontrollmarken unentbehrlich.

Einzahlungen können auch Giroverkehr auf Konto 22053

durchgeführt werden durch Giroverkehr auf Konto 5 Gemeindeverbands-Sparfasse Gröba.

Schriftliche Anträge werden am Tage des Einangs erledigt.

Bermietung von Panzerkraut-Schlüsselzälen.

zur Aufbewahrung von Wertpapieren und Effeten aller Art.

Unentbehrliche Aufbewahrung von Wertpapieren (Kriegsanleihen).

Kostenfreie Einlösung von Zinscheinen.

Gemeindeverbands-Girofasse. Kostenlose Geldüberweisungen.

Einlagen auf Girokonto in unbefristeter Höhe. Rückzahlungen auf Wunsch sofort.

Verzinsung der Einlagen auf Girokonto nach Vereinbarung.

Kassenstunden: Jeden Werktag von 8—1 Uhr vormittags.

Bandag für handelsmäßig erklärte neuen Bahnlinienn innerhalb eines bestimmten Zeitraumes gebaut werden. Es ist für einen sofortigen, den Bedürfnissen des Landes genügenden Anschluß des sächsischen Industriegebiets, vor allem Weißbarts, an das Reichsstaatsstrassenetz einzutreten und bei der Reichspostverwaltung vorstellig zu werden, daß die das gesamte Erwerbsleben schwer schädigende Zustände im Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen schleunigst gebessert werden und Sachen einen leichten Bedeutung entsprechenden Anschluß an die Luftpostlinien erhalten. Für Erhöhung der Produktionsmöglichkeiten wird die Vermehrung der sächsischen Kohlenerzeugung und entsprechendes Eintreten für eine bessere Verschärfung Sachsen bei der Kohlenzuteilung, der Ausbau der Überlandzentralen zur Versorgung mit elektrischem Kraft- und Lichtstrom und die Aufzärmung der vorhandenen Wohlfahrtsförderung durch Auslandscredite und geeignete, unverzüglich zu ergreifende Maßnahmen zur Verbesserung der Haushalte, für eine zielbewußte, auf Serrung der Preise für Lebensmittel und die wichtigsten Verbrauchsgegenstände hinarbeitende Wirtschaftspolitik und für eine durchgreifende Reform des auswärtigen Dienstes unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Industrie und Handel.

—\* Die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten. Mit dem 1. Dezember tritt eine Neuregelung der Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtverdienst in Kraft. Von diesem Tage an beträgt der Häuteauschlag, der an den Tierhalter zu zahlen ist, sechs Zehntel des von der Reichsleistungsstelle festgelegten durchschnittlichen Wehrerlöses. Das bisherige Reichsdeutitel fällt weg. Der Rest des tatsächlichen erzielten Wehrerlöses verbleibt dem Kommunalverband. Der Häuteauschlag, den hierauf der Tierhalter zu erhalten hat, ist auf die Zeit vom 1. bis 14. Dezember 1919 für den Bentner Lebendgewicht auf 34.20 M. bei Kindern, ausgenommen Kübeln, 60.— M. bei Schafen und 21.60 M. bei Vieh, einschließlich Schafen, Esel, Wautiere und Maulesel festgelegt worden. Die Zahlung des Häuteauschlags an den Tierhalter hat gleichzeitig mit der Bezahlung des Tieres und auf der Grundlage des für das Tier bezahlten Gewichtes zu erfolgen. Der Betrag des Häuteauschlags darf bei Weitergabe dem Abnehmer in Rechnung gestellt werden. Eine Umfragegebühr darf von den staatlich bestimmten Preishöchstmaßen für diejenigen Güter abweichen, die die Regierung auf eine

—\* Zusammenlegung des sächsischen Arbeits- und Wirtschaftsministeriums. In den Sitzungen der Volkskammer war des öfteren, namentlich von Seiten der Demokraten, der Wunsch laut geworden, daß Arbeits- und Wirtschaftsministerium zu vereinigen und einem Minister zu unterstellen. Wie die Regierung auf eine

Während die Wissenschaften die Wissenschaften der  
Welt, die Künste die Künste der Welt sind, so ist die  
Litteratur die Künste der Litteratur. Und das ist ein  
großer Unterschied.

— „Entstehung zum Betriebsrätegesetz“ — „Wir kann und berichtet. Nach am Sonnabend eine Beschlusssitzung des Betriebsratesausschusses freies Baugebietes der Stadt Berlin-Dahlem teilte diese, bis ca. 800 Angestellte betroffen sind. Da wurde folgende Entstehung angenommen: „Die am 20. November 1918 tagende Sitzung der Betriebsratesausschüsse — freies Angestellten-Verbande, Ortsräte etc., vereinigt mit Entrüstung daß zwischen dem Konsortium und der demokratischen Partei geschlossene und angemessene Absprachen zum Betriebsrätegesetz. Ohne daß vorliegende Entstehungsbedeutung und die Einsichtnahme in die finanziellen Verhältnisse aller Betriebe ist das Betriebsrätegesetz der Reihe ohne Inhalt. Es ist in seiner heutigen Form nicht geeignet, die sozialen Beziehungen zu überbrücken und die zum weiteren Aufbau unserer gesamten Wirtschaft so überaus nötige Arbeitsfähigkeit aller Arbeitnehmer zu fördern. Das Ortsratssoll fordert deshalb alle Angestellten und Arbeiter auf, aus der ablehnenden Haltung des Konsortiums und der demokratischen Partei die nötigen politischen Maßnahmen zu ziehen.“

— Kriegsheimstüungen in Sachsen. Die Freie  
Wirtschaftsgemeinschaft für Kriegsheimstüungen z. B. arbeitet  
zurzeit und abor zusammen mit der Handelskriegs-  
heimstüung Sachsisches Heim und den zuständigen Bezirk-  
heimstüungsgesellschaften an einigen größeren Siedlungs-  
plätzen an verschiedenen Orten Sachsen.

... Die Versorgung der zur Entlassung kommenden Kapitulanten. Die Frage der Versorgung der aus dem Heeresdienst entlassenen Kapitulanten beschäftigt jenseit die zuständigen Stellen eingehend. Ein großer Teil betrieben wird bei den Verpflegungsbehörden, die seit jeher die Rentenwesen der Veteranen, Kriegsbeschädigten u. Hinterbliebenen zu verwalten haben, Verwendung finden. Infolge des fortwährenden Ansteigens der Rentenansprüche werden bei den Verpflegungsbehörden 3000 bis 4000 Beamtenstellen geschaffen werden, die den Kapitulanten vorbehalten bleiben.

→ Wegen die Schundliteratur und für  
schien Beleidung findet sich ein Arbeitet in der  
"Freiheit" aus. Er schreibt u.a.: Vor allem habe ich mich  
beschaut, mich mit unseren deutlichen Dichtern und Denkern  
auf vertrauten Fuß zu stellen und ich habe es nicht be-  
reut, Kongjam, Schrift für Schrift, habe ich es gewagt,  
durch von unseren großen Meistern geschaffene Wunder-  
land zu betreten, bis ich endlich in der Wüste in der strab-  
enden Hölle stand. In diesem Wundergarten, in diesem  
Schwindelinde ich alle meine Arbeitsbücher und  
Schriften mit mir vereint seien. Doch davon ist es noch  
weit. Die geistige Verirrung der großen Kasse der Arbei-  
tenden ist geradezu noch bedrohligend. Man braucht nur  
um sich zu jagen, um gewahrt zu werden, mit welcher  
Selbstsicherheit ein entsehenerregender literarischer Schund ver-  
fertigungen wird. Werken wir einen Blut in die Schulenher-  
bes Buchhandlungen, Papierläden, in die Zeitungsbüros  
und sonstigen Verkaufsstellen für Bücher. Stellen wir fest,  
wie ein erbärmliches oberflächliches Ergebnis die Spal-  
ten unserer kleinen Tagesblätter füllt, so müssen wir er-  
kennen, wie tief wir im geistigen Schmuck waren. Aus  
dieser Schammschlut müssen wir heraus. Die geistige Ver-  
bildung, von der ein großer Teil unseres Volkes, besessen  
in hat an unserem deutigen und bisherigen Elend mit  
Schuld. Solange das deutsche arbeitende Volk noch in Un-  
kenntnis und in geistiger Verkümmertung dahindöst, wird  
es nie imstande sein, sein Geschick selber in die eigene  
Hand zu nehmen.

**M. Rössen.** Die Stadtoberhäupten bewilligten in ihrer  
stündigen Sitzung Belastungsbefreiungen für Lebende, Ge-  
meindebedienstete, städtische Arbeiter und Würdegehalts-  
empfänger in Höhe von insgesamt 63 000 Mark.  
**Rittner.** Ein Rückgang der Erwerbslosenzahl ist  
im bisherigen Industriegesetz zu konstatieren. Im September  
d. J. betrug die Unterstützung für Erwerbslose 82 578 M.  
Sie sank im Oktober auf 27 724 M. Für Tegernseer Arbeit-  
unterstützung wurden ausgegeben im Oktober 15 068 M., im  
September 20 150 M. Auf Antrag des Führers der unab-  
hängigen Sozialisten, Hartmann, erhöhte der Bezirksausschuss  
die monatliche Unterstützung für Kriegsbeschädigte von 90 M.  
auf 186 M. Seit Kriegsbeginn sind ausgegeben worden  
die bislang 11 828 222 M. davon aus Haushaltsmitteln

**G a i n i c h e n.** Die Beamtengehälter wurden in gemeinschaftlicher Sitzung der körbischen Kollegen erhöht, jedoch umso mehr die körbischen Beamten den Staatsbeamten gleichgestellt sind.

Reichenberg. Etschwindelt hat sich der 24 Jahre alter Kontorist Ferdinand Herzog der Firma J. Ginselen in Wallendorf auf Grund eines von ihm gefälschten Scheids bei der diesigen Kreditaufzahl einen Betrag von 200 000 Kronen. Er ist flüchtig geworben. In seiner Begleitung befindet sich ein gewisser Otto Richter aus Oberbanischen. Man nimmt an, daß sich Herzog, der sich im Besitze eines Balles nach Dresden befindet, nach Deutschland gewandt hat. Seine Spur konnte man bis Prag verfolgen, wo er offenbar wegen des Balles zu tun hatte. Die Firma Ginselen legte 10 Prozent des wieder herbeigeschafften Betrages als Belohnung aus.

## Die Zaderkarten-Diebstähle in der Amtshauptmannschaft Großenhain vor Gericht.

— 4. In einer besonderen, viertägigen Verhandlung fanden die großen Diebstähle von Jäderkarten in der Amtsbeamtenanstalt Großenhain vor der ständigen Strafkammer des Dresdner Landgerichts zur Aburteilung. Unter der Anklage des schweren Diebstahls und der Schädigung der Staatssicherheit wurde der 30. 8. 1897 zu Großenhain geborene Dipl.-Oeconomus Dr. Wilhelm Röhlisch, der am 6. 10. 1896 gleichfalls zu Großenhain geborene Kaufmann Karl Edwin Schulte und der auch von dort gebürtige, 33 Jahre alte Kaufmann und Geschäftsführer Wilhelm Friedrich Schulze, sowie der am 12. 9. 1888 zu Polowitz geborene und ebenfalls wohnhafe Koch Emil William Michel, ferner der 1887 zu Cosel in Oberschlesien geborene Geschäftsführende und berätige Sergeant des Kaisers Röhlisch und der 1890 zu Reinholdswalde bei Dippoldiswalde geborene Kaufmann Adolf Wilhelm Reznemann, beide wohnhaft in Dresden, zu verantworten. Nach dem Gründungsverfahren wird der Angeklagte Röhlisch befürchtigt, in letzter Stellung als Dipl.-Oeconomus in der Amtsbeamtenanstalt Großenhain größere Tosten Jäderkarten geholt und weiterverbreitet zu haben. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme entwiederte Röhlisch zunächst Guße über Jäderkarten über 2000 Pfund, Ende Januar über 5000 Pfund, am 10. Februar etwa für 1000 bis 1200 Pfund und außerdem 24. Februar vierfach, sowie Röhlisch am 21. Februar über 3000 Pfund. Der Angeklagte Röhlisch verkaufte die Karten an Schulte und Schulze für 1 bis 2 Mtl. pro Pfund, die er weiterhin an Michel und Röhlisch, von dort aus gingen die Karten höchstens teilweise in die Hände von unbekannten! Ein berätiges Geschäft wurde von dem Angeklagten Röhlisch mit dem Schuh und einem Unbekannten verhandelt. Röhlisch gab vor Gericht an, daß er früher Gewissensbisse gehabt, dann als Freiwilliger eingetreten und Röhlisch als seine Entlassung erfolgt, den Dienstbeamtenberuf gewählt, so infolge der Dienstverhältnisse die Dienstzeit nicht ausgenutzt, aber es hat keinen Einfluß auf die Strafe und die Haftzeit.

Wieder ein Schlag auf den Kopf, wieder ein Schlag auf den Kopf, wieder ein Schlag auf den Kopf. Er wurde mit einem Stock geschlagen und wollte sich davor aber vom Kommissar fern halten. Ob doch der Würgung seiner Frau entgangen war, schien nicht mehr, fahrem Wiedermann in so groben Sprüchen ausserst unzufrieden, und diese waren durch Gleichesprache immer hoch, ging auch bei Verhandlung nicht mit voller Übersetzung davor. Daogen wurde als erwiesener Mörder angesehen, auch Rüdolfich, der sehr zufrieden und rechtlichrechtfertigend sprach, wenn den großen Mann töten wollten, da er mit Vorliebe Menschen bestohlt und so zusammen veran-  
gabte. Durch den Wett- und Spielkampf kam der sonst so  
besiebte Mann auf die Rolle Chens. Rüdolfich führte die  
ersten beiden Diebstähle in der Weise aus, daß er sich die  
Kette anfuhrte, wo er seit der Nachahmung Wenzelovits  
die Hündel dort hatte. An diesen Tagen brachte der Ange-  
klagte Gedanke mit, während dann das nächstehende Mä-  
dchen nach Stoffen und entwendete während der nur kurzen  
Kleidungszeit und dem Schrank der Hündel die Aus-  
zettel. Als Rüdolfich später mit der Hündel in einem Bokal  
sitzte, verlor diese ihren Schrankenschlüssel. Sofort half der  
Angeklagte mit, fanden, fand denselben und behielt ihn für  
sich. Die Hündel hatte zu dem Verlust des Schlüssels erklär-  
te Besitz noch einen zweiten Schrankenschlüssel. Rüdolfich  
führte die folgenden Diebstähle dann mit dem in seinem  
Bett befindlichen Schlüssel aus. Diese Diebstähle wurden  
aber höchstlich doch gemerkt- und Rüdolfich, der in Großen  
Sein durch seinen großen Aufwand längst in Verdacht ge-  
raten war, am 27. Juli verhaftet. Das Gericht nahm aber  
nach langer Beratung nur einfaches Diebstahl in Täuschung  
an und verurteilte Rüdolfich demgemäß zu 1 Jahr  
8 Monaten Gefängnis, worauf die Untersuchungsbehörde in  
Kreisregierung kommt. Die übrigen Angeklagten hatten  
eine lange Ohrwürger zu verantworten und zwar erhielten Rüdolfich  
5 Monate, Schulze und Wiedel je 8 Monate und Ziegler  
2 Monate Gefängnis, während Raumann einen Dreiforster  
strafte.

## Der Generalstreik in Bitterfeld.

Zum Generalstreik im Bitterfelder Industriebezirk meldete die "Arbeitszeit" als Forderung der Arbeiter u. a. die sofortige Befreiung der Truppen und Aufhebung der richterlichen Haftbefehle gegen drei Betriebsratsvorsitzende der Anstaltswerke. Wie die "Deutsche Aug. Sta." hierzu von zuständiger Stelle erläutert, kommt eine Befreiung der Truppen erst dann in Frage, wenn die Masse völlig wieder beregetzt ist. Eine Aufhebung der Haftbefehle im Verwaltungsweg ist schon deshalb ausgeschlossen, weil es sich um richterliche Haftbefehle handelt. Der "Leipzig Volksatz" aufsone hat eine in Halle abgehaltene Konferenz der Bergarbeiter Mitteldeutschlands am Sonnabend mittoeinstimmig beschlossen, die gesamten Belegschaften der einzelnen Reviere zur Solidarität mit den im Generalstreik verharrenden Bitterfelder Arbeitern aufzufordern. Die Meldescreation wurde telegraphisch er sucht, unverzüglich den Ausnahmehand über Bitterfeld aufzuhaben, die Truppen zurückzuziehen und die anderen Forderungen der Bitterfelder Arbeitern zu erfüllen, widrigfalls wollten die mitteldeutschen Bergarbeiter sofort in den Solidaritätsstreit treten. Ein ähnlicher Beschluss liegt noch dem genannten Blatte von den Arbeitern der chemischen Industrie vor. — Wie aus Halle berichtet wird, scheint sich diese Meldung der "Leipzig Volksatz" nicht zu bestätigen. Die "Halleische Zeitung" berichtet in ihrer Sonntagsausgabe, daß in Halle eine Beratung der Arbeitervertreter der in Frage kommenden Reviere und Industrien stattfand, in der beschlossen wurde, von einem Sympathiestreik für die Bitterfelder Arbeiter vorläufig Abstand zu nehmen. Man einging dadurch, die in Leipzig anlässlich des Wartetages versammelten Vertreter der U. S. V. zu hören, ehe man weitere Beschlüsse faßt. Es wurde in der Beratung verschiedentlich auf die Streitwidrigkeit der in Frage kommenden Kreise hingewiesen.

# Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands.

Am Sonnabend vormittag wurde in Leipzig der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie mit der 1. Frauenkonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eröffnet. Frau Käte Bieg begrüßte die Versammlung von etwa über hundert Frauen, indem sie einleitend den Tod des Hugo Haase gedachte. Gedankt wurde Frau Bieg in kurzen Umrissen auf die Aufgaben der Frauen innerhalb der U. S. P. hin. Nach der Bildung des Büros hielt Frau Bieg das erste Referat über die politische Lage, dessen erster Teil Agitation und Organisation, unbedarfter zweiter Teil die Presse umfaßte. Schart begann sie „Die politische Lage ist tristlos“, und dann kamen die hinlänglich bekannten Wendungen — Belagerungszustand — Spähwesen — Korruption — Rassismus — Faschismus. Nachdem die Rednerin über das Problem der unehelichen Mutter und des unehelichen Kindes, über die Situation in Gedanken, die nicht Alleinbesitz der Unabhängigen Frauen, sondern Allgemeingut der Frauenbewegung sind, gesprochen hatte, wandte sie sich zu den Parteien im einzelnen. Am schlechtesten kamen die Mehrheitssozialisten weg. Was sie den ehemaligen Genossen zu sagen hatte, sah allerdings nicht wie Unzufriedenung aus. Die Rede hatte einige Male entlaufen; sie war nicht klar gegliedert und ließ die überlegene Behandlung des Stoffes vermissen. Von den menschlich-warmen Worten einer Debattierrednerin, die nichts mehr von den Phrasen „Verrat“ und „Bengelzung“ gegenüber den Mehrheitssozialisten hören wollte, trat eine Pause ein. Nachmittags wurden zwei Referate über Die Frauen und das Märschsystem und die Frauenarbeitsmarktschäden gehalten.

am geistigen Sonntag sprach Frau Matzner zu uns über die Frauenarbeitsarbeit. Die Vorstellung fand in der Fortsetzung: gleiches Recht für arbeitende Männer und Frauen, insbesondere für die Gewährung eines Bodens für gleiche Leistungen. Eine Untersuchung wurde angenommen. Die Konferenz beschäftigte sich dann noch mit Jugend- u. Erziehungsfragen, die eine Vereinheitlichung in einer Entscheidung fanden, die eine Vereinheitlichung des Erziehungswesens vom Kindergarten bis zur Hochschule verlangt.

Wolken. Wenn wir Wohlgefallen haben, wenn man kann, soll  
verweise an der Wohltätigkeit uns Freude bringt haben. Wenn  
werke nicht ruhen und ruhen, bis man das Wohlelement  
erzielten gegen alle Gewalt, die sich ihm entgegenstelle,  
dann kann.

Die Vertreteren mit gleichen Rechten wurden Dithmarschen (Flensburg), Schleswig (Neustadt) und Holstein (Kiel) ernannt. Sepp Maier (Bonn) gab einen Überblick über die politische Lage im Deutschen, insbesondere über die Einstellung der parteiigen Gesellschaften, und wies dabei auch auf die konkurrierenden Sondermärkte hin.

## Kriegsbeschädigtenfürsorge.

- a) Wie wird für Kriegsbeschädigte  
die gute Versorgung auf ihre Verpflegungsentschädigung gefordert?

1. Den Kriegsbeschädigten, die infolge Auflösung des  
alten Gesetzes mit dem 31. 3. 1919 (in Sachsen mit dem 20. 6.  
1919) entlassen werden muhten und die vor diesem Zeitpunkt  
bei ihren Truppenteilen Verpflegungsentschädigung erhalten  
haben, können auf Antrag von den Truppenteilen bzw.  
Abwickelstellen Gebührenstücke in Höhe der sonst zufließenden  
Urlaubsgebührenstücke und im Falle bringenden Be-  
dürfnisses von den amtslichen Fürsorgestellen Unterstützun-  
gen vorläufigweise für Rechnung der Militär-Bermalung  
gewährt werden, wenn sie hier verpflichtet, nach den ge-  
zahlten Beiträgen auf die für die rückliegende Zeit eines  
wiederholbar zuzahlende werbenden Verpflegungsgebührenstücke an-  
rechnen zu lassen.

2. Kriegsbeschädigte, die nach ihrer Entlassung Versorgungsgebührengeltend machen können, sofern der Wunschkredit nicht von vorherher als unberechenbar absehbar bestimmt wird, auf Antrag von den zuständigen Versorgungsbehörden vorbehaltweise Unterstützungen erhalten, wenn sie diese auf die für die zuständige Zeit etwa nochträglich zu ständigen werdenden Versorgungsgebührensätze anzurechnen lassen. Sollten die Vorstufen und die vorbehaltweise geschätzten Unterstützungen (1. unter 1 und 2) gegen die für die zuständige Zeit zuständigen Versorgungsgebührensätze nicht ausgerechnet werden können oder Versorgungsgebührensätze überdauert nicht ausständig sein, so können die nicht gebedachten Beträge in Aussicht zu stehen.

2. Die Kriegsgefangenen, die aus den Durchgangslagern oder bei einziger Lazarettsbehandlung von den Lazaretten unmittelbar in die Heimat entlassen werden, melden ihre Versorgungsansprüche bei der für ihren Wohnort zuständigen Versorgungsstelle (überioren Bezirkskommando) an. Es liegt im Interesse dieser Kriegsgefangenen, wenn die Anmeldung innerhalb eines Monats, von der Entlassung ab gerechnet, erfolgt.

Für die Kriegsgefangenen gelten im übrigen die Ausführungen zu 2.

b) Worauf und Verabberungen  
in der Verteilung von Versorgungsanträgen und in der  
Zahlung von Versorgungsgelehrten zurückschließen?  
Das durch die zeitweise gehäussten Entlassungen gewal-  
tige Anschwellen der Zahl der Verpflegungsanträge, der  
Mangel an eingearbeitetem Personal bei den Verpflegungs-  
dienststellen, die bisher bestandene Unsicherheit der Feststel-  
lung seiner Zukunft, die zu einer verfrühten Abwanderung  
führte und nicht zuletzt die zum Teil ungünstigen Unter-  
kunftsverhältnisse der Dienststellen haben zur Verabberung  
der Versorgungsbedürftigen beigetragen. Hierin wird  
Besserung eintreten, wenn die jetzige Übergangszeit und  
der Personenwechsel überstanden sind. Durch die Erhöhung  
der Sachkunde, die Erhaltung und möglichste Verstärkung  
der Qualitätssarbeiter hofft man die Mehrarbeit auch dann  
bewältigen zu können, wenn sie infolge der schnellen und  
gehäussten Entlassung der Kriegsgefangenen weiterhin ge-  
mäßigt anwachsen wird. Große Schwierigkeiten macht in  
manchen Fällen die Feststellung der Dienstbeschäftigung  
sofort infolge der langen Dauer des Krieges und der großen  
Zahl der für die nothwendigen Erhebungen in Frage kom-  
menden Truppenteile. Schwierigkeiten, die durch die schnelle  
Auflösung des alten Heeres noch erheblich vergrößert wort-  
den sind.

Infolge der im Laufe der letzten Jahre eingetretener Ergänzung der Versorgungsgesetz durch eine Reihe von Verwaltungsbestimmungen über Zuwendungen, Renten, Pauschläge, Tenerungszulagen usw. haben sich die Dienststellen in vielen Fällen auf Grund der Durchsicht aller Akten mehrmals mit ein und derselben Sache beschäftigen müssen, wodurch ebenfalls Verzögerungen herbeigeführt worden sind. Die in Arbeit befindliche Reform der Militärversorgungsgesetze wird in dieser Beziehung Abhilfe schaffen.

Durch die feindliche Besetzung deutscher Gebiete im Westen und Osten, von den Feinden wiederholt angeordnete Sackperren und Altentnahmemaßnahme und die Verhinderung des Freitstellungsverfahrens sind die Versorgungsarbeiter gleichfalls erheblich gefährdet worden, zumal eine Reihe von Versorgungsbetrieben verlegt werden mußte.

Die Zahlung schon festgestellt gewesener Versorgungsgebühren hat im allgemeinen ihren ordnungsmäßigen Verlauf genommen. Die Feststellung und Auszahlung der Rentenzuschläge konnte bei der großen Zahl der in Betracht kommenden Personen nur allmählich erfolgen.

Sur Vermehrung von Verzögerungen in der Prüfung von Versorgungsanträgen können die Unterglocken durch genaue Angaben über die Truppengehörigkeit — und über die Kompaniennummer — sehr viel beitragen. Und liegt es in Ihrem Interesse, wenn sie die für ihren Wohnort zuständige Versorgungsstelle dauernd über ihren Aufenthalt informiert, selbst bei nur zeitweiliger Abwesenheit, auf dem laufenden halten? Darauf ist die Erledigung etwa erforderlicher Rückfragen und praktischer Untersuchungen, sowohl

c) Sablung von Verlängerungssoebürenissen in den Land-Gebietsnäherung abgrenzenden Gebieten.  
Die Verlängerungssoebürenisse in den abgrenzenden Gebieten werden einzeln unberücksichtigt vorläufig weiter

stellen werden einzelnen Abstimmungsvorliegenkeit berücksichtigt, und falls die Bevölkerungsvertretungen nach den Bestimmungen des Friedensvertrages die deutsche Reichsbürgerlichkeit verlieren und die Besitzte demgemäß an sich zu rufen hätten. Die Erhaltung beginnt. Fortgewährung dieser Rechte seitens der neuen Staaten wird zum Gegenstand besonderer Verhandlungen gemacht werden.

Weltbautradition angleich erhalten.  
Die Verzögerungen sind auch daraus zurückzuführen, daß die Ausprachoberrichten nur an eine solche Stelle werden alle entlassenen müssen aufnahmefähig ihre Ausprüche bei der für ihren Dienst zuständigen Vergnügungsstelle vorbringen.

## Stenische Nachrichten und Telegramme

vom 1. September 1912.

### Weisungen des Deutschen Gewerkschaftsverbandes.

**X Berlin.** Bei Einheitsfeier zahlreicher Betriebe von Fabrikanten legte am Sonntag der Verband Deutscher Gewerkenvereine, der 1½ Millionen Mitglieder umfasst und der sich ähnlich in einem Deutschen Gewerkschaftsbund zusammenfasse. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde neben einer durchgehenden Betriebsreform die Forderung gestellt, daß die Beamten stattdem auch als Wirtschaftsorganisation an der Entwicklung aller wirtschaftlich bedeutsamen Fragen teilnehmen werden.

**Der Dtsch. Gewerkschaftsbund** teilt verschiedene Blätter mit, die bis Freitagnachmittag sich bis jetzt vollständig vermittelten. Die Abfahrt des Verbands werde vor allem auf Beziehungen, die Organisation abstimmen. In Sachen lägen so viel Gründungen bereit, daß ihre Abfahrt geradeaus eine Auslebensmöglichkeit für unsere Häfenindustrie bedeuten würde.

**Sum Gtreiff in Bitterfeld** erläutert der "Folianten", daß gestern Verhandlungen zwischen Regierungsbürokraten und den Auslandsgenossen stattgefunden haben, die am heutigen Montag fortgesetzt werden. Reichsminister Rothe erklärte einem Mitarbeiter des genannten Blattes, die Durchsetzung der Truppen aus den geforderten Gebieten könne erst nach Eintritt ruhiger Verhältnisse stattfinden und die erste Bedingung sei die Wiederaufnahme der Arbeit.

**Leben Gewerkschaften auf den Vulkanbetrieben** wird verschiedenes Blätter aus Hamburg berichtet, daß nach einer Bekanntmachung der genannten Werke die geistige Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Werks bei Gangelt durch Einheiten mehrerer hundert Industriearbeiter des Betriebskörpers gestartet wurde. Dabei kam es zu beständigen Gewalttätigkeiten, daß mit der Fortsetzung des entzündeten Streites, verbunden mit schweren Beschädigungen der Betriebsanlagen und Gefährdung der Sicherheit des Personals zu rechnen sei. Von einer geistlichen Arbeit könnte unter diesen Umständen keine Rede sein. Das Werk werde heute früh geschlossen gehalten werden und es solange bleiben, bis die Wiedereinführung geordneter Zustände gewünscht ist. Zum Schluß wird die Entlassung der gesamten Arbeitsschicht ausgesprochen.

Aus Ropenhagen wird der "Volk. Zeitung" berichtet, daß dort der Gründungsfortschritt nun und daß es müssen ankommen sei. Er habe auf seiner Reise eine Menge großstädtischer Sagen und Erzählungen gesammelt, die wohl bald veröffentlicht werden würden.

**Bale**  
enthaltend Bronzehilfe, verloren. Gegen Belohnung abzugeben in  
**Gröba, Schloßstr. 1.**

**Sonnt. abd. Schw. Handelsm-**  
m. Ind. (Wortemontage und  
Seifenmarken) v. Raif.-Str.  
10. Str. bis Wettinerstr. 10.  
Möbel, verl. Bitte gen.  
Bet. abzug. Weißauer Str. 14.

**Verloren am Mittwoch von**  
Rammerlichsp. bis Goethestr.  
Dr. Wildi. Giechandisbach.  
Abzugeben gegen Belohnung  
Großenhainer Str. 16, 1.

**Bübl. Zimmer od. Schlaf-**  
stätt. Nähe 32er Kaserne. Off. u.  
Q 2000 an das Tägl. Riesa.

**Möbl. Zimmer**  
oder Schlaftafette von jg. ant. Herrn gefunden.  
Werte Angebote um Q 2000 an das Tageblatt Riesa.

**Möblieretes Zimmer frei.**  
zu ertr. im Tagebl. Riesa.

**Gesucht bei hohem Wohn zum**  
1. Januar in ein Selbst-  
versorgungsgeschäft nach Leipzig

**ein Mädchen**

mit guten Kochkenntnissen im  
Alter von 20 bis 25 Jahren.  
zu melden im Gaffhof  
Hornitz bei Oschatz.

### Die schöne Melusine.

Roman von G. Corinth-Mahl.

32. Fortsetzung.

Unter Rudolf war zu ihnen getreten.  
„Das weiß man auch bei Deinem Spiel und Gesang nicht, Winnifred. Und ich freue mich herzlich, daß ich noch die Gelegenheit haben kann, Dich zu hören, Du kleine, liebste Nachtkugel.“

Frau Maria fand, daß Winnifred viel zu viel im Wissensgebiet des Interesses stand, und, um es von ihr abzulenken, fragte sie, was an den Schlossherrn wendete:

„Lieber Rudolf, ich möchte mit Dir über eine besondere Angelegenheit sprechen. Willst du mich anhören?“

Herr von Wilbenau lachte fein. Er hatte sehr wohl Frau Marias verdächtliche Unruhe bemerkt und wußte, daß sie ihn von Winnifred ablenken wollte. Sonst hätte er wohl darüber eine seiner karastlichen Bemerkungen gemacht. „Über deute tat er es nicht.“

„Was ist das für eine Angelegenheit, Maria? Hoffentlich hast du mir etwas Angenehmes zu sagen.“

„Leider nicht. Ich muß dir mitteilen, daß Hugo im Begeiß steht, eine sehr große Torheit zu begegnen.“

Hugo wandte sich rasch nach seine Mutter um.

„Mama!“ rief er mahnend.

Sie zog die Schultern.

„Aber — was denn?“ Untel Rudolf muß es ja doch erzählen.“

„Gewiß. Aber bitte, lasst es mich selbst aussprechen.“

„Wenn du es Untel Rudolf auch noch so günstig darstellen verschaffst, eine Torheit bleibt es doch.“

Untel Rudolf und Winnifred sahen forschend zu Hugo hinüber. Dieser richtete sich auf.

„Ich werde es weiter günstig, noch ungünstig darstellen, Mama, sondern nur die einfache Tatsache melden. Mama nennt es eine Torheit, Untel Rudolf, daß ich mein Herz an ein armes Mädchen verloren habe und es heimzuführen gedenke. Ich habe die Absicht, mich mit der Baroness Edith von Gaffhof zu verloben.“

Riemann schaute in diesem Moment auf Winnifred. Nur Untel Rudolf lag zu ihr hinüber und bemerkte, daß sie mit erstauntem, farbem Gesicht in einen Gefetl saß und mit

### Die Räume in Offenbach.

**X Berlin.** Seit 2. X und bislang 1. November der offizielle Antrag an den Reichskanzler und den preußischen Ministerpräsidenten ein Telegramm. Nachdem nun Dekrete der offiziellen Gewerkschaften und Gewerkschaften zu treuen. Eine Verordnung militärisches Bild wurde bis Ende und Ordnung im Innern der Kreisgruppe geboten und obliegen von allen anderen und die Führung Offiziere.

### Deutsch-Congresslicher Gewerkschaftsbund.

**X Wien.** Sonnabend ist der erste deutsch-österreichische Gewerkschaftsbund zusammengetreten, zu welchem 200 Delegierte im Namen von 600 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern erschienen waren.

### Die Räume in Berlin.

**X Paris.** Die Volksversammlung erließ eine Beschluß, die vom 2. Dezember an bis auf Weiteres eine hohe Unterstützung des Sozialversicherungssystems erfordert.

### Eine Auskunft über den Völkerbund.

**X Paris.** Am heutigen Montag tritt in Brüssel eine Konferenz für den Völkerbund zusammen, an der die alliierten und assoziierten Staaten teilnehmen. Die Zusammenkunft erfolgt auf Veranlassung der französischen Mission für den Völkerbund, deren Präsident Leon Bourgeois ist, und auf deren Wunsch soll auch die englische Gesellschaft für den Völkerbund, der Lord Robert Cecil vorsteht, eingeschlossen sein. 17 Staaten entsenden 60 Delegierte. Es soll beraten werden über die Rechte und Pflichten der Nationen, die dem Völkerbund angehören, über die Errichtung eines obersten Gerichtshofes, über die Verminderung der Reklamationen und über die Organisation einer gemeinsamen Militärmasse, über den Wahl der Minderheiten und über eine demokratische Auswahl der Vertreter der Nationen für die Generalversammlung des Völkerbunds. Endlich glaubt man, daß die Versammlung auch einen warmen Empfang an amerikanischen Senat und an die Vereinigten Staaten ausrichten wird.

### Das Amerika verzweigt auf jeden Kontinent.

**X Paris.** Nach der "Chicago Tribune" sollen nicht nur die Engländer, sondern auch die Amerikaner auf jeden Kontinent der Welt verstreut haben. Frankreich und Italien erhalten je fünf leichte Kreuzer und je zehn moderne Torpedoboots. Außerdem sollen Amerika, England, Frankreich, Italien und Japan je einen Panzerkreuzer, je einen Kreuzer und ein modernes Torpedoboot erhalten, aber nur als Modell zu Studien und unter der Sicherung, daß sie später zerstört werden. Was die deutschen Unterseeboote anbetreffe, so soll Frankreich davon zehn erhalten, die anderen würden zerstört. Das Blatt sagt ferner noch, die Alliierten würden zweifellos fünf alte Kreuzer.

**Suche a. 15. Debr. ein**  
**schub. Haussmädchen**

bei hohem Lohn, sowie per  
1. Januar eine

**Kochscholarin**

ohne gegenseitige Vergütung.

**Elsterstraße.**

**Gelehrte 1. 1. Jan. 1920**

auf erhöhte Gut

**Wirtschäfflerin**

oder Stube. An ertr. Weißa.

**Niclae Str. 15, Laden.**

**Rinderleibes Mädchen**

welches zu Hause schlafen

kann, tagsüber zu meinem

2½ Jahre. Töchterchen gefucht.

**Frau Flöge,**

**Gräße, Schloßstraße 1.**

**Zuberl. Haussmädchen**

mögl. schon in hell. Stell. gew.

in Landhaus, 2 erw. Ber.

bei gutem Lohn u. g. Rott

gefund. Off. nat. q b 2000

an das Tageblatt Riesa.

**10 tüchtige**

**Zischler**

auf furnierte Möbel und

einige tüchtige

**Hausmädchen**

od. einfache Stütze

mit Kochkenntnissen.

**Gran Wieso, Westenstr.**

**Schulknabe als Haus-**

**meubelschäfer,**

**Hariha t. Ga.**

**Leidige wegen Wohn-**

**ungsmanngel bevorzugt.**

### Hausverkauf.

In Neuburg b. Staudach  
schönes Hausgrundstück mit  
Garten, Gemüsegarten und  
1½. Scheffel Feld weg. Topte-  
land von Erden ist zu ver-  
kaufen. Preis 10000.

**Röhr. in Neuburg Nr. 10a.**

**Zwergenplatz,**

6 Monate alt, wachsam, ver-  
träglich. Zu ertragen

**Wache 32er Kaserne.**

**Rinderherzelle,**

**Stadtlaufplatzstr.,**

**Sportringen u. Godlame**

**zu verkaufen.**

**Bismarckstr. 25.**

**Kommode,**

noch guterhalten, zu ver-

**kaufen.**

**Elsterstraße 15a.**

**10 tüchtige**

**Zischler**

auf furnierte Möbel und

einige tüchtige

**Hausmädchen**

od. einfache Stütze

mit Kochkenntnissen.

**Gran Wieso, Westenstr.**

**Schulknabe als Haus-**

**meubelschäfer,**

**Hariha t. Ga.**

**Leidige wegen Wohn-**

**ungsmanngel bevorzugt.**

**1. Hobelbank**

sucht zu kaufen

**Naumburg Oderbrücke,**

**Meila, Goethestr. 40.**

**Ein neues oder noch gut-**

**erhaltenes komplett.**

**Sielengeschirr**

zu kleinen Küchen zu

**kaufen geladen. Angebote**

**Meila, Hauptstraße 45, v.**

**1. Paar neu vernickelte**

**Damenkleiderhose (Merkur**

**28) sowie eine alte gute**

**und preiswert zu verkaufen.**

**Zuerst im Tagebl. Meila.**

**Sehr guterhaltener großer**

**Puppenwagen**

**preiswert zu verkaufen**

**Neu-Wiesa, Hauptstr. 30, 1.**

**zu befristigen: Mittwoch.**

**Schuhes u. zuverl. Erwirk. v.**

**PATENT. Muster.**

**Schutz**

**o. Warenzeichen. Seit 1907**

**bekannt u. einget. Patent**



# Beilage zum „Riesaer Tageblatt“

Redaktion und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Gottliebseck 59. Herausgeber für Sachsen: Arthur Höhnel, Riesa; für Mecklenburg: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nr. 277.

Montag, 1. Dezember 1919, abends.

72. Jahrz.

## Dahinterstellen!

Die größere Fertigkeit des Tones, den die deutsche Regierung in ihren letzten Noten nach Riga-Lodz anfordert, wird erfreut bemerkt. Wölfe der deutschen Oeffentlichkeit ist es nun, alle Streitfragen aufzulösen. Prinzipienlosigkeit zu überbrücken, um den nun einmal als Eroberer des deutschen Volkes zum Verlehr mit dem Auslande bestimmen aus der Anerkennung der Heimat heraus den Nutzen zu geben, auf dem rechten Wege fortzufließen und Gegebenen nicht zu scheuen, die sich auf ihm ergeben können. Doch führt die Nüchternheit und sachliche Entscheidendheit, mit der die deutsche Regierung den Vorberungen unserer Feinde entgegengestellt, aus der selbstverständlichen Realität auf die gegenseitige Unvereinbarkeit her; noch besteht die Gefahr, daß die Regierung bei dem geringsten, wenn auch nur denkbaren Nachsehen der Gegner wieder erleichtert in ihre alte Politik des Bittens und der Geldausgabe verfällt. Ihre Fertigkeit bedarf noch sehr der Stärkung, und diese Stärkung kann ihr nur werden, wenn sie das ganze Volk einmütig hinter sie stellt. Wenn das aber von allen Parteien geschlossen geschieht, und so der Welt kundgetan wird, daß Deutschland gewillt ist, alle Konsequenzen einer festen Haltung ohne Rücken auf sich zu nehmen, so wird die Regierung selbst am ehesten erkennen, daß der Weg, den sie abgeradt nur beschreitet, der rechte ist, der zum Erfolg führt, sie wird sich gehalten fühlen vom Willen des Volkes und sich weiterhin eines immer entschiedener werdenden Tones bedienen.

## Die Ablieferung der Dokt. Wagner usw.

Aus dem Kabinett naheliegenden Kreisen vernimmt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß die Ablieferung seit entschlossen sei, in der Frage der Ablieferung der 400.000 Tonnen Dokt. Wagner und Schiffsmaterial nicht nachzugeben. Es handelt sich hier nicht um eine Prestigefrage, sondern darum, daß die Abgabe des geforderten Materials Deutschlands wirtschaftliche Crishen leichterhand unterbunden würde. Ebenso unentzündbar ist für die Reichsregierung die Klausel des Annexprotokolls, nach der es in das Gebiet von Frankreich gestellt werde, jedeszeit in Deutschland militärisch einzurichten. Die Reichsregierung, so schreibt das Blatt, will den Frieden, aber nicht einheitliche Fortsetzung des Krieges. Als selbstverständliche Voraussetzung wird angegeben, daß die in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen zurückgeführt werden, so wie der Friedensvertrag es vorsieht, und nicht nach den neuen Bestimmungen.

## Eine französische Stimme an den deutschen Noten.

„La Presse de Paris“ veröffentlicht in ihrer Morgennummer vom Sonnabend folgende Notiz:

„Man weiß, daß im Laufe der zwei letzten Tage zwei Noten von der deutschen Regierung an die Friedenskonferenz geschickt worden sind. Die eine bedankt die Gefangenenaufgabe, die andere die Scapa Flow-Angemessenheit. In der letzteren versuchte die deutsche Regierung sich bei Verantwoortung zu entledigen, indem sie behauptete, daß die Verstärkung der Flotte ihr nicht zur Last gelegt werden könne. Diese Behauptung hatte sie ja schon früher aufgestellt. Nach Informationen, die wir aus Berlin erhalten, scheint dort ein Komitee von Delegaten, um Mindestens bei den Demokraten und Mehrheitssozialisten. Beide Parteien seien der Ansicht, daß sich das Kabinett in seinen Noten zu unversöhnlich gezeigt habe, und übten einen Druck auf die Regierung aus, damit sie ihre Haltung ändere.“

Hierzu erschien wir von zuständiger Stelle, daß von einem Komitee eben so wenig wie von einem Druck der genannten Parteien auf die Regierung in dieser Angelegenheit hier etwas bekannt ist.

## Die neuen Steuervorlagen.

### Die Beratung im Reichsrat.

Gemeinhändig wurde in der öffentlichen Sitzung des Reichsrates unter Vorstoss des Reichsfinanzministers Gräbiger mit der Plenarberatung der neuen Steuervorlagen begonnen (Kapitalertragsteuer, Reichseinkommensteuer und Landessteuergesetz). Der preußische Ministerpräsident Hirsch erklärte, aus politischen Gründen, und in finanziellen keine Differenz zwischen Reichsrat und Reichsregierung aufzunehmen zu haben, wenn auch schwere Differenzen auf die Ausschüttungsfestsetzung über Beteiligung der Länder am Ertrag der Kapitalertragsteuer zu berichten. Die gleiche Erklärung gab den Vertretern von Württemberg, Baden und Hamburg ab. Der bayerische Gesandte jedoch stellte dem formalen Protest Breuens an, brachte aber auch schwere materielle Einprägungen vor. Die Gustumigkeit des Reiches auf kulturrellem Gebiete sollte hier auf Kosten der Einzelstaaten und Gemeinden erweitert werden. Gegenüber dem überhätschten Tempo in der Entwickelung zum Einheitsstaat befinden erhebliche Bedenken. Minister Gräbiger erklärte in Erwiderung auf einen Einwurf darauf hin, daß Länder und Gemeinden zusammenzutreten würden, wenn die Reichsregierung nicht durchgesetzt werde. Denn nur so könnte man einer finanziellen Grundlage entsprechen. Der sächsische Gesandte stimmte für Einführung des Gesetzes zu, um einen bitteren notwendigen Schritt vorwärts nicht aufzuhalten. Ein Vertreter Breuens stellte sich gegenüber der Frage des Tempos in der Entwicklung zum Einheitsstaat für Breuens auf einen dem bayerischen Gesandten gegenüber durchaus abweichen den Standpunkt. In der Gesamtabstimmung wurde das Landessteuergesetz gegen die Stimmen von Baden und Sachsen angenommen.

### Generalpardon.

Der Nationalversammlung ist im Aufschluß an die Verabsiedlung der Reichsabgabenordnungen, durch welche der Steuerbehörde besondere Handhaben zur Erfassung des bewohnten Vermögens gewährt sind, ein Antrag Trümbohrs und Genossen betreffend der Entwurf eines Gesetzes über Steuernachzahlung angegangen. Nach diesem Entwurf soll derjenige, der vor dem Inkrafttreten der Reichsabgabenordnung sein Vermögen oder Einkommen nicht angegeben hat, das zu einer Reichs-, Bundes- oder Gemeindesteuer hätte veranlaßt werden müssen, von der Strafe und der Verpflichtung zur Nachzahlung der Steuer freibleiben, wenn er aus eigenem Antriebe, spätestens bei der ersten Steuerberatung nach dem Inkrafttreten der Reichsabgabenordnung sein Vermögen oder sein Einkommen pflichtgemäß richtig angibt. Dabei soll für die Kriegsabgabe vom Vermögensausmaß das der Beratung zu Grunde zu legende Ausgangsvermögen berichtiggt werden können, wenn der Steuerpflichtige einwandfrei nachweist, daß Vermögen, welches er bereits vor dem 31. Dezember 1918 gehabt hat, bei der Beratung zum Wehrbeitrag nicht berücksichtigt

wurden. Von dem nicht berücksichtigten Vermögen soll anstelle der Kriegsabgabe der schriftliche Betrag des zu wenig veranlagten Wehrbeitrages erhoben werden.

Während Jonach durch den § 1 dieses Entwurfs ein sehr weitgehender Generalpardon gewährt werden soll, wie er im Antrage an die Gesetzgebung gegen die Steuernachzahlung vielfach in der Oeffentlichkeit verlangt worden ist, sollen nach dem § 2 des Entwurfs die schweren Vermögensnachteile für benignen einbreten, der nach dem Inkrafttreten der Reichsabgabenordnung bei der Beratung der Kriegsabgabe vom Vermögensausmaß und zum Reichsabgabepflichten der Steuerbehörde Vermögenswerte pflichtwidrig nicht anzeigt. Derartige Vermögenswerte sollen, soweit sie sich im Auslande befinden, augenblicklich verfallen. Für die Verreibung der dem Reich verfallenen Vermögenswerte soll der Steuerpflichtige mit seinem gesamten Vermögen haften. Dem Berichtsnachrichten nach ist in der Nationalversammlung eine Mehrheit für die Annahme dieses Entwurfs, dem auch die Regierung zugestimmt hat, vorhanden, sobald mit der Verabsiedlung des Gesetzes, das gleichzeitig mit der Reichsabgabenordnung in Kraft treten soll, in einer der nächsten Sitzungen der Nationalversammlung zu rechnen ist.

Die Nachricht von dem in Aussicht stehenden Generalpardon wird bei manchen, den bisher nur die Furcht vor Strafe und Steuernachzahlung von der Verfolgung seiner Steuererklärung abgehalten hat, zweifig aufgenommen werden. Daß die Zahl derer, die Vermögen der Steuerbehörde verheimlicht haben, nicht klein ist, beweisen die aufwändig starken Verkäufe von Wertpapieren, die offenbar aus Furcht vor der steuerlichen Kontrolle durch die am 1. Dezember in Kraft tretende Kapitalfluchtverordnung in den letzten Tagen getätigt wurden. Wenn diese überzeugen, den deutschen Effektenmarkt lädtenden Verläufen durch den Generalpardon Einhalt geboten würde, so wäre dieses eine erste erfreuliche Wirkung dieses aus der Initiative der Nationalversammlung geborenen Gesetzentwurfs.

## Die öffentliche wirtschaftliche Meinung.

Bei der Verhandlung der dringendsten wirtschaftspolitischen Probleme und der wirtschaftlichen Zukunftsfragen vermisst man in der deutschen Oeffentlichkeit nichts so sehr, als daß, was man im politischen Leben die öffentliche Meinung zu nennen verlegt. Es gibt eine Unzahl einzelner, auf besondern Sonderinteressen der einzelnen Gewerbsgruppen eingestellter Meinungsäußerungen zu den einzelnen wirtschaftspolitischen Dingen, nirgends ist aber festzustellen, daß eine einheitliche große Richtlinie, ein bedeutender wirtschaftlicher Gedanke das gesamte öffentliche Leben durchzieht. Während im politischen Kampf die Stellungnahme des Einzelnen zu den markantesten Problemen durchschnittlich wohl auf Grund einer ganz bestimmten, durch die politische Weltanschauung des Einzelnen bedingten Haltung erfolgt, werden die wirtschaftspolitischen Dinge ganz nach Stimmung mal vom Standpunkt des Verbrauchers, mal vom Standpunkt des Händlers, mal vom Standpunkt des mitproduzierenden Gliedes der Wirtschaft von ein und derselben Persönlichkeit betrachtet. Diese Unausgeglichenheit über die Erkenntnis der Wirtschaftsfunktion des Einzelnen, die Unkenntnis darüber, an welcher Stelle er eigentlich im wirtschaftlichen Leben wirkt, hat dazu geführt, daß immer stärker das wirtschaftliche Leben vom politischen Gesichtspunkte beeinflußt worden ist und daß die wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit gründet bei der Beurteilung der einzelnen wirtschaftlichen Dinge immer mehr in den Hintergrund gerückt wurden. Es kann und wird nicht Aufgabe der politischen Partei sein, hier eine Aenderung herbeizuführen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß die bisherigen wirtschaftspolitischen Verbände ihre Hauptaufgabe in der Beeinflussung der Arbeit der politischen Parteien sehen, hier zu Zeugnern neuer Erkenntnisse werden. In den Arbeiten des kommenden Reichswirtschaftsrates wird sich aber wohl der Konsolidationspunkt für diese Befreiungsbemühungen des deutschen Wirtschaftslebens finden. Hier werden die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten von den Sachverständigen erworben und geprüft werden und um dienen Beratungen den Besonanzboden im Volk zu schaffen, der bei dem politischen und wirtschaftlichen Mitbestimmungsrecht des Einzelnen im demokratischen Staats- und Wirtschaftsleben des neuen Deutschlands vorhanden sein muß, um der beständigen Erkenntnis des Zweckmäßigen zum Siege zu verhelfen, wird es notwendig sein, von dort aus zu versuchen, eine öffentliche wirtschaftliche Meinung zu erzielen, die wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Regelungen des Gremiums unter das Verständnis und die Mitarbeit möglichst jedes einzelnen Volksgenossen zu stellen.

## Die baltische Frage.

Der französische General Riebel hat an Admiral Hoffmann ein Schreiben gerichtet, in dem er von drohungen Witterung macht, die Teile von Berndttruppen gegen die in Memel stationierten alliierten Offiziere ausgetragen haben sollen. Danach sollen sich diese auf die vor Memel liegenden Untertiefenfälle zurückgezogen haben. In seiner Mitteilung droht General Riebel im Falle einer Untertiefenfälle, das Feuer auf die Stadt von den Schiffen zu eröffnen. Admiral Hoffmann hat hierauf General Riebel geantwortet, daß er gegen beratige Drohungen, deren Durchführung im Schiffsbruch zum Waffenstillstand und zu den Sanktions des Völkerrechts stehen würde, protestieren müsse, und ihn erachtet, sich auf die der Internationalen Kommission zugesetzte Überwachung der Küstensatzung des Baltikums zu befreien und die Aufrechterhaltung der Ordnung auf deutschem Boden den deutschen Behörden zu überlassen. Die erforderlichen Maßnahmen, um Ordnung in Memel herzustellen, sind getroffen. General Riebel ist wiederholt davon in Kenntnis gesetzt worden, daß bei Rückkehr der aufsässigen Truppe sich Zwischenfälle ereignen könnten. Wie das 29. 11. dazu dort, hat die Deutsche Regierung beim Obersten Rat in Paris bereits entsprechende Schritte eingeleitet. Über die Lage im Baltikum verlautet am auffälligsten Stelle: Die Untertiefenkommission fordert, daß der Rücktransport der deutschen Truppen bis zum 15. Dezember beendet ist. Bis dahin würden Angriffe gegen die Deutschen unterbleiben. Die technische Möglichkeit für die Durchführung des Rücktransports bis 15. Dezember ist gegeben. — Um etwaigen Zwischenfällen und Verwüstungen bei der Rückkehr der bisher im Baltikum liegenden Truppen nach Möglichkeit vorzubeugen, sind durch das Heertrikommando im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen die Einwohnerwehren des östlichen des Memelstroms liegenden ostpreußischen Gebiets aufgeboten worden. Die Einwohnerwehren sollen zur Verstärkung des Grenzdubels und der

Grenzpolizei, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung dienen. Die Einwohnerwehren werden wieder entlassen werden, sobald der Rücktransport der Truppen in der Hauptstadt beendet ist. Es ist dies das erste Mal, daß Einwohnerwehren militärisch aufgeboten werden. Nach dem Ergebnis dieses Aufgebots wird man beurteilen können, wieviel die Einwohnerwehren geeignet sind, die ihnen gegebene Aufgabe zu erfüllen.

## Ein Waffenstillstand mit den Letten.

Um 27. und 28. November fanden bei Janisch Waffenstillstandsverhandlungen mit dem lettischen Oberbefehlshaber Ballod durch Vermittlung der internationalen Kommission statt. Die Verhandlungen hatten zunächst folgendes Ergebnis: Die internationalisierte Kommission übernahm auf Grund lettischer Sicherungen volle Gewähr, daß der Rücktransport deutscher Truppen aus Lettland bis zum 15. Dezember einschließlich von lettischer Seite nicht gestört wird. 1. Das die Litterne Division Lettland bis zum 26. November räumt. 2. Das die Litterne Division am 1. Dezember an der Bahnhof Kurzeme-Schaulen versammelt steht. Über den Austausch der Gefangenen und Gehelden wird mit den lettischen Vertretern in Schaulen noch verhandelt. Der Rücktransport verläuft weiter glinstig.

## Deutschland und die internationale Arbeitskonferenz.

Die deutsche Delegation für die Internationale Arbeitskonferenz in Washington hat an die Konferenz am 27. v. M. folgenden Punkt vorgebracht: Nachdem die deutsche Delegation der Einladung der Internationalen Arbeitskonferenz folgend die Reise nach Washington bereits angetreten hatte, erreichte sie in letzter Stunde unmittelbar vor ihrer Einschiffung in Gothenburg die Mitteilung des Generalsekretärs der Konferenz, daß diese Ende November ihre Beratungen endgültig abschließen und deshalb die Fahrt der deutschen Delegierten zwecks kein würde. Die Delegation mußte sich daraufhin schweren Herzens entscheiden, die Reise abzubrechen und auf die Teilnahme an der Konferenz zu verzichten. Indem sie dies zur Kenntnis der Konferenz bringt, legt sie besonders Wert darauf, festzustellen, daß von deutscher Seite alles getrieben ist, um bei den Verhandlungen vertreten zu sein, und daß nur die Unkenntnis der Verhältnisse diese Absicht vereitelt hat. So bald feststeht, daß die deutschen Delegierten mit gleichen Rechten und Pflichten wie die Vertreter der anderen Völker zur Konferenz zugelassen werden würden, ist nicht unbedingt geboten, um den deutschen Vertretern die Reise nicht zu ermöglichen. Infolge der anfangs des Monats im Überseeveerlehr hervorbrechenden Stockung bot sich jedoch die erste Verhandlungsgelegenheit erst am 18. November von Gothenburg; das war, wie sich jetzt gezeigt hat, zu spät. Die deutsche Delegation ist überzeugt, daß die Delegationen unter diesen Umständen mehr von der Arbeitserfahrung der Welt mißbraut werden wird. Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten und namentlich seit Einführung der Feindbegrenzung im Wege der Beschaffung und Verwaltung außerordentliches für die Befreiung der arbeitenden Massen seines Landes getan. Das gilt vornehmlich auch für die Gebiete, die den Gegenstand der Verhandlungen in Washington bilden. Es wird Deutschland dabei nicht als Mangel an Interesse und an Herz für die Arbeiterschaft ausgelegt werden können, wenn seine Vertreter sich unter dem Zwange der Verhältnisse die Teilnahme an der Konferenz verweigern müssen. Die deutschen Berufsorganisationen verfolgen die Beratungen in Washington mit dem lebhaftesten Interesse und wünschen der gemeinsamen Arbeit der Nationen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes reichen Erfolg.

Die deutsche Delegation für die Internationale Arbeitskonferenz in Washington.

## Lagegeschichte.

### Deutsches Reich.

Heimann Hollweg zieht in der Schweiz. Von einer Stelle, die früher Reichsangler u. Heimann Hollweg in die Schweiz ist in Berlin an unterrichteter Stelle nichts bekannt. Es liegt offenbar eine Verwechslung mit einer Persönlichkeit gleichen Namens vor.

Der Landarbeiterkreis im Kreise Greifswald, der sich aus etwa 15 Gütern erstreckt, ist durch die Kommission des Landwirtschaftsministers, die sich jüngst nach Bekanntwerden des Streits in das Kreisgebiet begeben haben, nach unruhigster Verhandlung mit den Parteien beigelegt worden.

Der Fall Ellars. Der erste Staatsanwalt am Landgericht I hat ein Ermittlungsverfahren gegen Georg Ellars eingeleitet. Das Verfahren wegen Auslieferung Sonnenfelds aus Holland ist schon seit Anfang dieses Monats im Gange. — Der Reichsinnenminister, an dem wiederholt in der Presse die Frage gerichtet worden ist, was er zur Verfolgung und Auflösung des sogenannten Falles Ellars veranlaßt habe, teilt mit: Das mir jüngst gemacht Material wurde von mir an demselben Tage dem Staatsanwalt angeliefert. Bei einer Audienz mit dem Reichsinnenminister und dem auffälligen Delegierten im preußischen Justizministerium habe ich die Verjährung erhalten, die jede gesetzliche Möglichkeit ausgenutzt wird, um eine gründliche Auflösung herzuführen. — Verschiedene Blätter entnehmen der B. C.-Korrespondenz einen angeblichen Brief des Abgeordneten Scheibmann an Georg Ellars über Verfolgungsbehörden mit Lebens- und Gewinnmitteln. Wie der Abgeordnete feststellen will, handelt es sich bei diesem Brief um eine plume Fiktion. Scheibmann hat die Schrift seiner Unterschrift dem Abgeordneten Davidsohn gegenüber nicht nur bekräftigt, sondern noch besonders auf die kürzlich ungefährte Nachahmung hingewiesen.

Die Heimreise Mackensen. Auf der Heimreise nach Deutschland traf heute nachmittag Generalstabschef von Mackensen in Budapest aus Budapest auf dem Hohen Ödönhof ein. In seiner Begleitung befand sich der Chef des Generalstabes Oberst von Schwartzenkopf sowie etwa 20 Offiziere und 20 Mann seines Stabes. Der Zug stand unter Bedeutung französischen Militärs. Es wurde ihm ein herzlicher Empfang bereitet.

Verhandlungen mit Sovjetrussland. Die Bildung eines Berliner Blattes, das Verhandlungen zwischen Deutschland und Sovjetrussland im Gange seien und einen beständigen Verlauf hätten, ist dafür richtig zu halten, daß es nur vor allem um die Rückgabe von Geiseln handelt.

Die geplante Judenreform. Reichsjustizminister Schleicher und den zweitägigen Verhandlungen mit den Ver-

